

# Vossische



# Zeitung

2000 Mark

Gegeündet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für Juli 45 000 M. bei Zustellung durch eigene Boten. Durch die Post 45 000 M. Unter Streifenband 54 000 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 5600 Mark die mm-Zeile. Familienanzeigen 1750 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.) i. V. Carl Misch, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3636 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postcheckkonto Berlin 660.

## Ein amerikanisches Finanz-Gutachten.

### „Deutschland kann jetzt nicht zahlen!“

Eigener Kabeleinst der „Vossischen Zeitung“.

\* New York, 21. Juli.

„Deutschland kann jetzt nicht zahlen“, das ist das Verdikt des „Institute of Economics“, welches soeben eine eingehende Untersuchung beendet hat. Das Institut, das sein Hauptquartier hier aufgeschlagen hat, hat von der Carnegie-Stiftung eine Unterstützung von zwei Millionen Dollar erhalten. Zu seinen Mitgliedern zählen der frühere Präsident der Harvard-Universität, Lowell, ferner der frühere Innenminister unter Wilson, John Barton Payne, und der bekannte amerikanische Bankier Paul M. Warburg.

In dem Bericht des Instituts wird festgestellt, daß die 26 Milliarden Goldmark, welche bisher von Deutschland gezahlt worden sind, vom Kapital und nicht vom Einkommen herrühren, und daß kein Kapital außer den Papiermark mehr vorhanden ist. Die Alliierten sollten bedenken, daß sie ihren Kredit nicht gleichzeitig essen und dabei aufbewahren können, und daß sie nichts erhalten werden, wenn sie Deutschland daran verhindern, Geld durch Exporthandel zu verdienen. Die hohen Schutzzölle verschließen dem deutschen Export fast alle Märkte. Deutschland hat nichts mehr als die Arbeitskraft seiner Arbeiter, die nur Papiermark verdienen, so lange die deutschen Erzeugnisse nicht ins Ausland ge-

langen und mit fremder Valuta bezahlt werden können. Nur durch einen Exportüberschuß können die jährlichen Zahlungen ausgeführt werden. Um Deutschland zu gesundem, sind für 3 1/2 Milliarden Dollar Nahrungsmittel und Rohmaterialien, die jedes Jahr nach Deutschland geschickt werden müßten, notwendig. Um diese Summe bezahlen zu können, muß Deutschland die Erzeugnisse seiner Industrie exportieren dürfen, damit es von dem Ueberschuß die Reparationen bezahlt.

Der Bericht stützt sich nicht auf Beobachtungen von Juristen, sondern auf sorgfältig zusammengestellte statistische Zahlen, von denen viele aus dem feindlichen Lager stammen. Alle diese Zahlen sind nachgeprüft worden. Die Meinung der Sachverständigen, so schließt der Bericht, gipfelt in der Ueberszeugung, daß Deutschland bedeutende Opfer zur Erfüllung des Versailler Vertrages gebracht hat.

### Mellons Reise privat.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 21. Juli.

Die bevorstehende Pariser Reise des amerikanischen Schatzministers Mellon hat, wie am Dai d'Orsay versichert wird, rein privaten Charakter. Mellon, der mit seiner Gattin nach Paris kommt, hat bereits zu erkennen gegeben, daß er hier keinerlei politische Unterhaltung zu haben gedenkt und amtliche Besuche weder machen, noch empfangen wird.

## Poincarés langsames Tempo.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 21. Juli.

Die englischen Dokumente sind durch Vermittlung der französischen Botschaft in London heute mittag am Quai d'Orsay eingetroffen. Der Presse wurde ein kurzes amtliches Communiqué mitgeteilt, in dem es heißt, die englische Note sei angekommen und das Ministerium des Aeußeren werde über dieses Dokument, der eingegangenen Verpflichtung, entsprechend, völliges Stillschweigen bewahren, da „Zurückhaltung für die Fortsetzung der schwebenden Verhandlungen notwendig ist“.

England hat außer der Begleitnote den Entwurf für die Antwort an Deutschland und eine Denkschrift über die Reparationsfrage sowie Abschriften der Begleitnoten überreicht, mit denen die Dokumente den übrigen Verbündeten nach Amerika überreicht worden sind. Es wird erklärt, der Entwurf für die Antwort auf die deutsche Note sei nicht das Interessanteste unter den von England überreichten Schriftstücken. Auf die Frage, was denn das Interessanteste sei, wurde die Antwort erteilt: „Das Interessanteste ist die englische Reparationspolitik, wie sie sich in der Gesamtheit der Dokumente darstellt“.

Offiziös wird betont, daß eine schnelle Entscheidung keinesfalls zu erwarten sei. Am Montag werde voraussichtlich der Meinungsaustrausch zwischen den verbündeten Regierungen beginnen. Es sei anzunehmen, daß Frankreich zunächst mit Belgien in Fühlung treten wird. Ueber den Inhalt der Dokumente und den Eindruck, den sie in französischen Regierungskreisen gemacht haben, wird hier jede Auskunft abgelehnt. Man legt Wert auf die Feststellung, daß die Rede, die Poincaré morgen hält, seit gestern früh in Berwiesfaltungen zur Vertellung an die Presse bereit liegt, also in keiner Weise durch die englischen Dokumente beeinflusst ist.

Hier stellt man sich den Verlauf der Dinge folgendermaßen vor: Frankreich wird nichts zur Beschleunigung des Meinungsaustrausches über die englischen Anregungen tun, sondern ihm ein möglichst langsames Tempo geben in der Hoffnung, daß der deutsche Widerstand mittlerweile eingestellt wird. Frankreich ist nach wie vor entschlossen, die deutsche Note nicht zu beantworten, so lange der Widerstand fortbauert, und eventuell England erst allein antworten zu lassen.

Der „Temps“ bestätigt heute im Leitartikel, daß Frankreich bei Wahrung der Form mit der Einsetzung eines internationalen Sachverständigenausschusses einverstanden wäre. Die Reparationskommission hätte nach den Darlegungen des Blattes unzweifelhaft das Recht, einen derartigen Ausschuß als beratende Instanz zuzuziehen, falls Deutschland die Reparationskommission auf Grund des Versailler Vertrages um Prüfung seiner Leistungsfähigkeit ersucht.

## Cuno an Argentinien.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung“.

ps Hamburg, 21. Juli.

Zu Ehren des argentinischen Gesandten Molina und des Kommandanten des argentinischen Schulschiffes „Presidente Sarmentino“, Fregattkapitän A. Brana, gab der Hamburger Senat am Sonnabend abend im Rathaus ein Abendessen im Kleinen Kreise, an dem auch Reichskanzler Dr. Cuno teilnahm.

Bürgermeister Dr. Diestel begrüßte die Flagge Argentinien als Wahrzeichen eines freien und mächtigen Volkes im Hamburger Hafen mit herzlichsten Worten und entbot zugleich den Vertretern der argentinischen Regierung und der argentinischen Seemacht Willkommen.

Er zog einen Vergleich mit dem Freiheitswillen und den aufbauenden Kräften, die Argentinien heutige bedeutungsvolle Stellung unter den Völkern der Erde errungen haben, und dem Schicksal Deutschlands. „Soll auch uns das gelingen, dann werden die Zerstörungen des Hasses, die wir jetzt noch immer in der Welt sehen, durch die schaffende Arbeit einer menschlichen Kulturgemeinschaft beseitigt werden müssen.“

Reichskanzler Dr. Cuno führte aus, die Herren von der argentinischen Flotte seien in Hamburg erschienen als Vertreter der bewaffneten Macht ihres Vaterlandes, zugleich aber als dessen friedliche Sendboten, die beitragen sollen zur engeren Anknüpfung der mannigfachen Beziehungen, die die beiden Länder verbinden. Diese Beziehungen, die sowohl geistig wie wirtschaftlicher Art sind, bilden die Grundlage einer alten, niemals unterbrochen gewesenen Freundschaft, deren Festigung und weiteren Ausbau die deutsche Regierung sich stets angelegen sein lassen werde.

Der Reichskanzler widmet dann herzlich Worte dem bedeutenden Staatsmann, dessen Name das argentinische Schulschiff trägt, und schilderte seine großen Verdienste um Argentinien. Ein Mann von starker Geisteskraft, von umfassender Bildung und einem unbeugbaren Willen, habe er sein ganzes Streben in den Dienst der friedlichen Entwicklung Argentinien gestellt.

Der Kommandant des Schulschiffes, Fregattkapitän Brana, dankte für die Begrüßung und den großartigen Empfang in Hamburg herzlichst. Er sagte: „Wir kannten die Zuneigung, die das deutsche Volk unserem Lande gezeigt hat, aber wir haben uns nicht vorgestellt, daß sie so groß sei, wie sie sich bei der Ankunft des argentinischen Schulschiffes durch die beredte Begrüßung dieser Sympathiebeweise gezeigt hat. Die argentinische Republik hat stets mit offenen Armen alle aufgenommen, die guten Willens waren. An ihre Küste sind Männer aller Rassen und Nationen gekommen, Männer, die einen fruchtbaren Boden vorgefunden, auf dem sie zum Wohlstand gelangen konnten, und ihrerseits mit ihrer Intelligenz und Arbeit für unser Land gearbeitet haben. Unter ihnen haben Tausende und Aber-tausende von Deutschen gleichzeitig mit ihrer Arbeit ihre Vorzüge mitgebracht.“

## Der Leidenstweg der Mark.

von

Georg Bernhard.

Auf dem Geldbrutsch in die Moskauer Tiefe hat Deutschland nun glücklich die Etappe Wien weit hinter sich gelassen. Bei hunderttausend Mark für den Dollar — noch wenige Monate vorher eine unheimliche Vorstellung — war das Empfinden allgemein, daß man nun doch beim Neuesten angelangt sei. Inzwischen hat man sich an die Nullen gewöhnt, und ob ein bißchen mehr oder weniger davorsteht, ängstigt die meisten nicht mehr. Und wenn erst wertbeständige Löhne da sein werden, so wird vermutlich die Gewöhnung noch weiter geben. Das ist gewiß kein Einwand gegen die wertbeständige Gestaltung der Löhne, die hier immer vertreten worden ist. Aber es soll eine Mahnung sein, daß es nicht damit getan sein darf, die Unbequemlichkeit der augenblicklichen Geldfrankheit für weite Volksschichten zu mindern. Was not tut, ist endlich eine Reform an Haupt und Gliedern. Und um das zu erkennen, was reformiert werden muß, ist notwendig, immer wieder den Schleier zu lüften, der über das Geldproblem von denen gehängt wird, die Unklarheit brauchen, um ungestört ihre Taschen zu füllen.

Auf keinem Gebiet läßt sich besser mit Worten trefflich streiten und aus Worten ein System bereiten als in den Bezirken der Fragen des Geld- und Finanzwesens. Nur wenige wissen damit Bescheid. Und die verbreiten meist noch einen Nimbus um die Dinge, als ob es sich um kaum begreifbare Probleme handelt. Wenigstens für den kaum begreifbar, der nicht mindestens den nationalökonomischen Doktor erworben hat. Wenn die Ausstrahlungen solcher Probleme in die Politik hinüberreichen, dann ergibt sich ein weites Feld für demagogische Manöver, die nicht der Aufklärung, sondern der mehr oder weniger bewußten Irreführung dienen. Auf dieses Manöverfeld werden die Sündenböcke getrieben und der Wut des Volkes preisgegeben. Insbesondere diejenigen, die man des Wuchers anklagt. Diese Anklage glaubt das Volk sehr leicht, denn daß von Tag zu Tag die Preise steigen, ist sichtbar und kaum zu widerlegen. Das Volk nimmt es am ehesten aus seinem eigenen täglichen Einkauf bei den Kleinen wahr, die ihm direkt als Verkäufer gegenübertreten, und Krawalle von der Art, wie sie jetzt in Breslau geschehen sind, fordern ihre Opfer zunächst bei denjenigen, die die Waren zur Schau stellen, deren Anschaffung allmählich den großen Massen unerträglich wird. Das Volk merkt wohl, daß sein Reallohn sinkt, weil sein Einkommen hinter dem Steigen der Preise zurückbleibt. Aber das Volk kann nicht durchschauen, daß die Preise nur nominell höher sind, weil das Mehr an Geld, das der Kaufmann bekommt, weniger wert ist als das geringere Quantum vorher, und weil es noch weniger wert sein wird in dem Augenblick, wo der Kaufmann neue Waren kaufen muß. Der Staat, der nicht den Willen und nicht die Kraft hat, den Wert des Geldes stabil zu halten, derselbe Staat, der sich unter allen möglichen Vorwänden der Verpflichtung entzieht, dem Kaufmann durch Schaffung einer wertbeständigen Anlage wenigstens die Möglichkeit zu geben, sich vor dem Geldschwund von dem Augenblick des Verkaufs seiner Waren bis zu dem Augenblick des Wiedereinkaufs neuer Waren zu schützen, läßt die Last seiner Verantwortung auf die schwächsten Schultern der Kleinsten, auf den Mittelstand. Und an dieser wohlweislichen Staatspolitik, die zum Ruin aller Mittelschichten führen muß (einschließlich der Angestellten), beteiligen sich aktiv diejenigen wirtschaftlichen Interessenten, deren bezahlte Zeitungsdemagogen hinterher diese selben Mittelschichten zum Kampf gegen die Republik auffordern, die für sie nichts tue.

Hat denn der Staat die Macht? Fast glaubt schon niemand mehr daran. Denn in Parlamentsreden, in Vereins-versammlungen und in soundsoviel Zeitungen wird dem Volk gepredigt, daß die Zahlungsbilanz an allem schuld sei, und daß an der Passivität der Zahlungsbilanz wieder die Franzosen die Schuld tragen, die das deutsche Volk nicht arbeiten lassen. Daß die Politik der Franzosen die deutsche Wirtschaft dauernd in Unruhe gehalten hat, ist nicht zu bestreiten. Es ist so selbstverständlich wie die Tatsache, daß die brutale Quälart der Ruhrbesetzung die deutsche Wirtschaftssituation aufs äußerste geschädigt und eine sehr gefährliche Nervosität in das Leben der deutschen Wirtschaft hineingetragen hat. Aber damit ist noch gar nicht bewiesen, wie es um die deutsche Zahlungsbilanz wirklich bestellt ist. Diese Zahlungsbilanz ist überhaupt nicht meßbar. Sie ist gar nicht, wie von manchen Menschen angenommen wird, ein festes Zahlengefüge, das durch Export und Import beeinflusst und bestimmbar ist. Schon in normalen Zeiten wird sie wesentlich beeinflusst durch große Kapitaltransaktionen. Die spielen auch heute eine große Rolle. Aber eine viel größere noch die Tatsache, daß recht große Auslandsguthaben im Besitz Deutscher nicht zur Verfügung des Inlandes gestellt